

Rathaus soll mit Sonnenstrom laufen

Photovoltaik auf Dachflächen: Umweltausschuss appelliert an die Stadtverwaltung, Nägel mit Köpfen zu machen

Von Kai Koppe

Cuxhaven. Machen statt bloß darüber zu sprechen: Getreu dieses Mottos hat der Umweltausschuss die Stadtverwaltung dazu aufgefordert, im Laufe des kommenden Jahres eine PV-Anlage auf dem Rathausdach zu installieren.

Umweltausschuss-Mitglieder folgten mit ihrem Votum einem Antrag von Peter Altenburg: Der Ratsherr der Fraktion „Die Cuxhavener“ hatte im Namen der Mehrheitskooperation dazu aufgerufen, in der Debatte um kommunale Selbstversorgung mit Sonnenstrom endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Der Beschluss den das Gremium am vergangenen Mittwoch einstimmig fällte, trägt nichtsdestotrotz den Charakter einer Empfehlung. Das letzte Wort hat bekanntlich der Rat.

Statische Fragen noch offen

Fernab der politischen Willensbildung gilt es, die ein oder andere technische Frage zu klären. „Die Statik muss noch geprüft werden“, setzte die städtische Klimamanagerin Melanie Seegelken den Ausschussmitgliedern auseinander. Gemeint war damit eine Tragfähigkeitsprüfung der Dachkonstruktion - nicht nur im Rathaus-Neubau trakt, sondern gegebenenfalls auch an der Sahlenburger Schule. Das Schulgebäude war im Zuge von Beratungsgesprächen ebenfalls als Photovoltaik-Standort in Erwägung gezogen worden, Seegelken zufolge aber als „nicht ganz optimal“ eingestuft worden. Zu tun habe das mit der Ost-West-Ausrichtung des Daches, nicht zuletzt aber auch mit dem Umstand, dass sie Grundschule selbst relativ wenig Strom verbraucht und somit 65 Prozent des selbst erzeugten Stroms ins Netz einspeisen würden. Unter wirtschaftlichen Aspekten die weniger lukrative Variante: Photovoltaik - das wurde in der Mittwoch-Sitzung erneut unterstrichen - lohnt sich vor allem dort, wo die Energie zu einem großen Teil zur Deckung des Eigenbedarfs erzeugt wird.

Nach sechs Jahren in der Gewinnzone

Auf dem Dach des städtischen Rathauses wäre eben dieses der Fall. Mit der Folge, dass bei einem auf 20 Jahre vorkalkulierten Strom-Ertrag von drei Millionen Kilowattstunden die Gewinnzone bereits in 6,62 Jahren erreicht würde.

Altenburg: „Die Rendite ist mir egal“

Am Standort Sahlenburger Schule würden sich die Investition in Solarzellen dagegen erst nach einer Laufzeit von 15 Jahren amortisieren. Das jedenfalls hat die Verwaltung ausrechnen lassen - ohne dabei (so die Kritik von CDU-Ausschussmitglied Herbert Kihm) die Möglichkeit einer außerschulischen Nutzung des produzierten Sonnenstroms in Betracht zu ziehen. Kihm erwähnte in diesem Zusammenhang Elektro-Ladesäulen, deren Errichtung mehrere Ortsteile auch im Rahmen von Gesprächen über ein städtisches Mobilitätskonzept gefordert hatten. Wegen der Touristen im Kurteil (und einem sich aus dieser Situation ableitenden breiteren E-Mobilität-Nutzerspektrum) könnte es nach den Worten des Ortsbürgermeisters durchaus sinnvoll sein, Solarenergie auf diese Weise zu nutzen.

Die Rendite sei außerdem nicht der ausschlaggebende Punkt, machte Peter Altenburg („Die Cuxhavener“) deutlich. „Was ich will, ist, dass die vorhandene möglichst gut für Photovoltaik genutzt wird“, so der Ratsherr, der oben genannten Antrag gestellt hatte, um vom Reden ins Handeln zu kommen. Zuvor hatte auch der Ausschussvorsitzende Johannes Sattinger (Grüne) die Frage gestellt, wie die Stadtverwaltung denn nun eigentlich weiter zu verfahren gedenke. Die offizielle Antwort („Überlegungen laufen“) reichte weder ihm noch anderen Gremienmitgliedern aus.



Dieser Startschuss war überfällig

Von Kai Koppe

Kommentar

Von Kai Koppe

Das Problem (Energieversorgung und die daraus resultierenden Kosten) ist erkannt, die Lösung (Selbstversorgung mit Photovoltaik-Anlagen) liegt auf der Hand. Was gibt es da eigentlich noch zu überlegen? Dass Ratsherr Peter Altenburg den „Denkprozess“ durch einen mehr oder weniger aus der Hüfte geschossenen Antrag abgekürzt hat, ist in diesem Kontext in jeder Hinsicht zu begrüßen. Denn wir wissen doch alle: So, wie sich eine Idee zerreden lässt, sobald das Für und das Wider stets aufs Neue gegeneinander abgewogen werden, kann man eine Initiative auch durch ein Übermaß an Grübelelei zu Grabe tragen. Was nicht heißen soll, dass sich eine Verwaltung im Dienste der guten Sache blindlings auf wirtschaftlich unkalkulierbare Abenteuer einlassen sollte. Doch im vorliegenden Fall liegen die Zahlen offenbar auf dem Tisch; jetzt ist es an der Zeit, den unentwegten Bekenntnissen zum Klimaschutz auch ein paar Taten folgen zu lassen.